Stand: 15.12.2025 19:10:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/451

"Ambulant vor stationär I: ambulant betreute Wohngemeinschaften vor dem drohenden Aus retten"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/451 vom 12.02.2024
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/1113 des GP vom 20.02.2024
- 3. Beschluss des Plenums 19/1536 vom 09.04.2024
- 4. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 09.04.2024



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

12.02.2024

Drucksache 19/451

Antrag

der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Ambulant vor stationär I: ambulant betreute Wohngemeinschaften vor dem drohenden Aus retten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich – auch auf Bundesebene – dafür einzusetzen, die Rahmenbedingungen für ambulant betreute Wohngemeinschaften (abWG) zu verbessern.

Konkret sollen

- auf Bundesebene die Leistungen der Pflegeversicherung für häuslich einschließlich in abWG versorgte Pflegebedürftige häufiger und deutlicher an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst (d. h. dynamisiert) werden. Dies betrifft neben Pflegesachleistungen bei Versorgung durch Pflegedienste das Pflegegeld, den Entlastungsbetrag sowie die Pflegehilfsmittelpauschale, aber insbesondere auch den Wohngruppenzuschlag. Durch die Dämpfung der Kostensteigerungen zugunsten der Pflegebedürftigen würde auch die Versorgung in abWG attraktiver. Weiterhin ist eine Aufhebung der Sektorengrenzen im Leistungsrecht der Pflegeversicherung anzustreben, um eine personenzentrierte Versorgung nach den individuellen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen zu ermöglichen.
- auf Landesebene die Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde (AVPfleWoqG) einem Praxis-Check unterzogen und im Hinblick auf die besonderen Anforderungen von abWG überprüft werden. Ziel sollte hier eine bürokratische Vereinfachung bei trägerbetriebenen abWG im Sinne aller Beteiligten sein.

Begründung:

AbWG sind innovative Konzepte für ein Leben im Alter, die sich steigender Beliebtheit erfreuen: Zwischenzeitlich gibt es in Bayern knapp 500 abWG mit knapp 4 000 ambulant betreuten Menschen. Allensbach-Studien zu Vorstellungen der Bevölkerung zu Versorgungs- und Wohnformen bei Pflegebedürftigkeit unterstreichen, dass ein deutlich

größerer Teil der Bevölkerung abWG gegenüber stationären Pflegeeinrichtungen bevorzugen würde. Eine abWG soll pflegebedürftigen Menschen das Leben in einem gemeinsamen Haushalt und die Inanspruchnahme externer Pflege- und Betreuungsleistungen ermöglichen.

Durch die steigenden Personalkosten, durch höhere Energie- und auch Mietkosten sehen sich abWG vielfach vor dem Aus, werden aktuell Planungen neuer Wohngruppen zurückgestellt, ziehen sich Investoren zurück und signalisieren auch Sozialhilfeträger, dass sie nicht bereit sind, die Kosten für sozialhilfeberechtigte Personen in abWG zu übernehmen. AbWG sollten vergleichbar dem stationären Bereich finanziell unterstützt werden: Die Leistungszuschläge, die die Pflegeversicherung nach § 43c Sozialgesetzbuch Elftes Buch für Pflegebedürftige ab dem Pflegegrad 2 in vollstationären Pflegeeinrichtungen übernimmt und die ab dem 1. Januar 2024 erhöht werden, sollten entsprechend auch für abWG steigen. Die Höhe der monatlichen Zuschläge ist dabei abhängig von der Verweildauer der Pflegebedürftigen in der vollstationären Pflege. Anders ausgedrückt würden die Nutzerinnen und Nutzer so in den ersten Monaten finanziell am stärksten persönlich belastet.

Für abWG sollte es zudem keine weiteren Anforderungen geben, die den Betrieb in der Praxis erschweren: weder bei personellen noch bei baulichen Standards. Für die Heimaufsichten war bisher nur die Ergebnisqualität prüfungsrelevant, nicht aber – anders als bei vollstationären Pflegeeinrichtungen – strukturelle und Vorgaben zur Prozessqualität. Es müssen die Wohnformen gestärkt werden, die Raum für eine größtmögliche Selbstständigkeit bieten, ohne dabei die nötige pflegerische Versorgung zu vernachlässigen!

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

20.02.2024 Drucksache 19/1113

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 19/451

Ambulant vor stationär I: ambulant betreute Wohngemeinschaften vor dem drohenden Aus retten

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Helmut Schnotz
Mitberichterstatter: Andreas Krahl

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 20. Februar 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Zustimmung B90/GRÜ: Enthaltung SPD: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

09.04.2024 Drucksache 19/1536

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/451, 19/1113

Ambulant vor stationär I: ambulant betreute Wohngemeinschaften vor dem drohenden Aus retten

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich – auch auf Bundesebene – dafür einzusetzen, die Rahmenbedingungen für ambulant betreute Wohngemeinschaften (abWG) zu verbessern.

Konkret sollen

- auf Bundesebene die Leistungen der Pflegeversicherung für häuslich einschließlich in abWG versorgte Pflegebedürftige häufiger und deutlicher an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst (d. h. dynamisiert) werden. Dies betrifft neben Pflegesachleistungen bei Versorgung durch Pflegedienste das Pflegegeld, den Entlastungsbetrag sowie die Pflegehilfsmittelpauschale, aber insbesondere auch den Wohngruppenzuschlag. Durch die Dämpfung der Kostensteigerungen zugunsten der Pflegebedürftigen würde auch die Versorgung in abWG attraktiver. Weiterhin ist eine Aufhebung der Sektorengrenzen im Leistungsrecht der Pflegeversicherung anzustreben, um eine personenzentrierte Versorgung nach den individuellen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen zu ermöglichen.
- auf Landesebene die Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde (AVPfleWoqG) einem Praxis-Check unterzogen und im Hinblick auf die besonderen Anforderungen von abWG überprüft werden. Ziel sollte hier eine bürokratische Vereinfachung bei trägerbetriebenen abWG im Sinne aller Beteiligten sein.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FREIE-WÄHLER-Fraktion, die CSU- und die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
	oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Mietwohnraumförderung optimieren Drs. 19/265, 19/1120 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine neue Tank-Teller-Diskussion – Biokraftstoffe vernünftig für die Landwirtschaft nutzen Drs. 19/279, 19/729 (ENTH)

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Informationen zu Barrierefreiheit und inklusiven Angeboten der bayerischen Museen aus einer Hand! Drs. 19/306, 19/747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	A

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU Soforthilfeprogramm für Krankenhäuser Drs. 19/347, 19/1112 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD Schnelle unbürokratische Hilfen für die Westernstadt "Pullman City" Drs. 19/369, 19/1115 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD) Kleinbäuerliche Landwirtschaft in Bayern schützen Drs. 19/380, 19/793 (A)

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sozialen Lockdown wegen vorläufiger Haushaltsführung verhindern – Finanzierung sozialer Einrichtungen in Bayern sichern Drs. 19/386, 19/1116 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD) Rechtswidrigen Testbetrieb der Polizeisoftware VeRA des US-Herstellers Palantir unverzüglich stoppen! Drs. 19/387, 19/632 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp und Fraktion (AfD) Landwirte entlasten, Saatgutkosten verringern Drs. 19/389, 19/737 (A)

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD Bericht über den aktuellen Forschungsstand zum Zuckerrübenschädling "Schilf-Glasflügelzikade" Drs. 19/391, 19/738 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	团	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Evaluation der Haltungsformen von Rindern durchführen Drs. 19/393, 19/739 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD) Soziale und ökonomische Zukunftsinvestitionen im Freistaat statt Stillstand durch vorläufige Haushaltsführung im Jahr 2024 Drs. 19/397, 19/1117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umbau der Tierhaltung unterstützen – für mehr Platz im Stall und starke Tierwohlbetriebe Drs. 19/399, 19/740 (A)

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner u.a. SPD Modernes Staatsbürgerschaftsrecht – Jetzt alle Vorbereitungen für eine zügige Umsetzung in Bayern treffen Drs. 19/402, 19/1137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner u.a. SPD
 Für einen geordneten Übergang zur modernen Tierhaltung bei bayerischen Milchbauern
 Drs. 19/417, 19/741 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD Kostendeckende Finanzierung von Ganztagsangeboten in Bayern Drs. 19/422, 19/1118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Für einen starken Arbeitsmarkt – gegen den Arbeits- und Fachkräftemangel Drs. 19/431, 19/727 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Ambulant vor stationär I: ambulant betreute Wohngemeinschaften vor dem drohenden Aus retten Drs. 19/451, 19/1113 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Ambulant vor stationär II: sektorenübergreifende, "stambulante" Versorgung in der Pflege ermöglichen Drs. 19/452, 19/1114 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD) Kompetenzen bündeln: Standorte des Hauses der Bayerischen Geschichte vereinigen Drs. 19/465, 19/1119 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

zur 15. Vollsitzung am 9. April 2024

 Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Harald Meußgeier, Ralf Stadler und Fraktion (AfD)
 Auswirkungen ukrainischer Importe auf die bayerische Landwirtschaft Drs. 19/484, 19/662 (A)

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A